

<b>Anfrage</b> öffentlich	Datum 17.08.2023	Nummer F0263/23
Absender <b>Fraktion AfD</b>		
Adressat  Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin	
Kurztitel  Politische Indoktrination und ideologische Beeinflussung in Kindertagesstätten in Magdeburg		

Sehr geehrte Oberbürgermeisterin Borris,

Wie auch in anderen Gemeinden von Sachsen-Anhalt liegt die Betreuung von Kindern in Kitas und ähnlichen Einrichtungen auch in Magdeburg in den Händen der Kommunen oder bestimmter auf Vereins- oder privater Ebene organisierter, häufig gemeinnütziger Träger. Ein großer Teil der Finanzierung erfolgt durch öffentliche Mittel und Gebühren der Eltern. Für Bildungseinrichtungen, zu denen im weitesten Sinne auch Kitas gehören, gilt der Beutelsbacher Konsens, der Indoktrination und einseitige politische Beeinflussung unterbinden soll. Dennoch hat es die Kita „Bummi“ der AWO im Stadtteil Kannenstieg für erforderlich gehalten, anlässlich des Bundesparteitages der AfD auf Transparenten an den Außenanlagen der Einrichtung selbst einseitig gegen diese Partei zu agitieren:

<https://www.facebook.com/awosachsenanhalt/posts/pfbid02rnbywkDRVz3Cobb1e88zPvZ7nMz47MVfCsweCWHWBoCJrcbbNpXdxnximZsS1cm!>  
<https://www.facebook.com/100044857837604/posts/pfbid02s6xSurKsP6o9yNNG9bKN89TAbadZxGoHr2JwxCTnAn6iuPy256HbAGTD4m5J8pqNI/>

Dies ist nicht nur vor dem Hintergrund von Neutralitätspflicht und Beutelsbacher Konsens problematisch, sondern auch in Anbetracht des Umstandes, dass die Wahlergebnisse der AfD in dem Wahlbezirk vermuten lassen, dass auch viele Eltern von Kindern, die diese Einrichtung besuchen, Wähler der Partei sind.

Daher frage ich Sie:

1. Welche Auffassung vertritt die Verwaltung in Anbetracht des Umstandes, dass auch in Magdeburg Institutionen, die hauptsächlich durch öffentliche Mittel finanziert werden, gezielt politische Agitation gegen bestimmte zugelassene politische Parteien betreiben?
2. Wie bewertet bzw. beurteilt die Verwaltung, dass diese Einrichtungen Kinder und Eltern einer eindeutigen politischen Beeinflussung und Propaganda aussetzen – in diesem Fall sogar durch gut sichtbare Banner an Außenanlagen?
3. Inwieweit sieht die Verwaltung ein Problem darin, dass Gesetze, Verordnungen und Vereinbarungen auch frühkindliche Bildungseinrichtungen zur politischen Neutralität

verpflichten, aus öffentlichen Mitteln finanzierte Einrichtungen aber dennoch gezielt gegen diese Verpflichtungen verstoßen?

4. Welche Sanktionsmöglichkeiten bestehen für den Fall der Überschreitung solcher Verpflichtungen, und inwieweit wird die Stadt Magdeburg in solchen Fällen Konsequenzen ziehen? Wie würde die Stadt im Fall einer politischen Indoktrination in Kindergärten reagieren, wenn diese aus einer rechtsgerichteten oder beispielsweise den „Querdenken“ zuzurechnenden Motivation heraus erfolgen würde?
5. Welche konkreten Beschwerden, Hinweise oder Eingaben von Eltern sind der Verwaltung bekannt, die Bezug zu politischer Vereinnahmung und Indoktrination in Kinderbetreuungseinrichtungen haben?
6. Im Stadtteil Kannenstieg verfügt die AfD über einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil bei Wahlen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Eltern von Kita-Kindern Mitglieder, Wähler oder Sympathisanten der Partei sind, ist entsprechend hoch. Ist der Verwaltung bekannt, ob an der dortigen AWO-Kita nun die Gesinnung von Eltern ausgespäht wird und sie oder ihre Kinder einer Benachteiligung ausgesetzt sein werden? Wie würde die Verwaltung in einem solchen Fall reagieren und welche möglichen Sanktionen würde man in Betracht ziehen?

Ronny Kumpf  
Stadtrat